

Zeichen der Zeit : Deutschlands beste Wahl

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **99 (2005)**

Heft 10

PDF erstellt am: **29.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Die schlechteste Wahl für Deutschland», titelte die NZZ am 19. September. Angesichts der rechnerischen Mehrheit für eine rot-rot-grüne Zusammenarbeit raunt das Blatt gar von «Abgründen, die schwärzer kaum sein könnten». Da nicht sein kann, was nicht sein darf, wünscht sich der Leitartikler eine Änderung des Grundgesetzes für «eine saubere Selbstaflösung», um «den Wählenden eine zweite Chance» zu geben. Am besten wäre wohl, die Regierenden würden Bertolt Brechts Rat befolgen und sich ein anderes Volk wählen.

Die alte Sentenz, dass die Linke etwas falsch gemacht habe, wenn sie von der NZZ gelobt werde, scheint nach wie vor zu gelten. Mitsamt dem Umkehrschluss, dass das Resultat der deutschen Wahlen so schlecht nicht sein kann, wenn es von der NZZ derart madig gemacht wird. Angesichts der real existierenden Verhältnisse in Deutschland möchte ich sogar von der bestmöglichen Wahl sprechen: Der neoliberale Bürgerblock von CDU/CSU und FDP erhielt keine Chance. Die rot-grüne Regierung wurde für ihren Sozialabbau abgestraft. Der Rechtsextremismus kommt nicht in den Bundestag. Und all das ist der neuen Linkspartei zu verdanken, von der ein so bedeutender Sozialethiker wie der Jesuitenpater *Friedhelm Hengsbach* sagt, sie sei ein «Segen» (taz 17.9.05).

Niederlage für den Neoliberalismus

Die bürgerliche Kanzlerkandidatin *Angela Merkel* hat mit nur 35,2 % der Stimmen das drittschlechteste Wahlergebnis in der Geschichte der Union eingefahren. Der Schock stand ihr am Wahlabend ins Gesicht geschrieben. (Anders als der noch amtierende Kanzler kann sie sich wenigstens nicht vorstellen.) Die CSU verzeichnet das grösste Minus aller Landesverbände und ist unter 50% gesunken. Die Niederlage der Unionsparteien ist nicht nur auf Fehler im Wahlkampf zurückzuführen – von der Ernennung des Flat Tax-Propagan-

Willy Spieler

Deutschlands beste Wahl

disten *Kirchhof* bis zu *Stoibers* Verachtung der «frustrierten» Wählerinnen und Wähler im Osten –, sondern auch auf ein *neoliberales Programm*, das Schröders Entsolidarisierungspolitik ungehemmt fortsetzen wollte. Die Tarifautonomie sollte gelockert, der Kündigungsschutz ausgehöhlt, die Mitbestimmung eingeschränkt, das Rentenalter heraufgesetzt, die Mehrwertsteuer erhöht werden. Da wählten fast 10 Prozent lieber gleich das Original: die an sozialer Kälte nicht mehr zu übertreffende FDP.

Hengsbach sagt im erwähnten taz-Interview: «Im Wahlprogramm der CDU gibt es nichts mehr, was der christlichen Soziallehre entspricht.» Aber auch der soziale Flügel in der CDU beginnt sich zu regen. *Karl-Josef Laumann*, Arbeitsminister in Nordrhein-Westfalen, meint: «Die Partei war zu wenig für die Arbeitnehmer da, die CDU muss sich besinnen, wo sie herkommt» (Spiegel, 26.9.05). Wie wahr! Die Theorie der *Sozialen Marktwirtschaft* ist in der CDU entstanden, um die Einkommensdisparitäten und Machtverzerrungen des Marktes durch sozialen Ausgleich und Mitbestimmung einzudämmen. Oder war Soziale Marktwirtschaft nur solange aktuell, als es galt, der Konkurrenz des DDR-«Sozialismus» standzuhalten? Das wäre eine postume Ehrung des an-

deren Systems, das damit ungewollt zu den Errungenschaften des westdeutschen Sozialstaates beigetragen hätte.

Die SPD hat mit 34,3 % noch etwas schlechter abgeschnitten als CDU/CSU, aber weit besser, als die Umfragen vermuten liessen. Die Euphorie *Schröders* und *Münteferings* dürfte dennoch von kurzer Dauer sein. Denn klar gescheitert ist ihr Versuch, die Regierungspolitik der SPD plebiszitär zu legitimieren. Der Souverän verweigert sich einer Politik der Umverteilung von unten nach oben, zu der es laut Schröder «keine Alternative» gibt. Als ob mehr soziale Ungerechtigkeit nötig wäre, um mehr Beschäftigung zu bekommen. Entgegen allen sozialdemokratischen Traditionen hat die Regierung Schröder mit *Hartz IV* und *Agenda 2010* nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen bekämpft, die Armut nicht als gesellschaftliches Risiko angegangen, sondern als individuelles Versagen stigmatisiert. Die Wut der Betroffenen hat in der Linkspartei eine Alternative gefunden.

Wie immer sich die SPD positionieren wird, die Zerreißproben sind vorprogrammiert. Kommt es zur *Grossen Koalition* mit der CDU, wird die als «Reform» beschönigte Umverteilung von Arm zu Reich (noch) weiter gehen. Die neue Linkspartei wird sich mit parlamentarischen Vorstössen auf Forderungen sozialer Gerechtigkeit berufen, die in den Programmen der SPD stehen. So vorgeführt, werden die Genossinnen und Genossen in Fraktion und Partei an eine Schmerzgrenze kommen, die mit Parteitagsmanagement und Heuschreckenkampagnen nicht mehr zu bewältigen sein wird. Da hat die NZZ für einmal Recht: «Schröder hinterlässt eine SPD, die kaum mehr handlungsfähig ist und bei der geringsten zusätzlichen Belastung auseinander zu brechen droht» (19.9.05).

Historische Zäsur

Eine historische Zäsur liegt im Erfolg der *Linkspartei.PDS*. Sie ist die eigentli-

che Siegerin der Wahl, auch wenn sie «nur» 8,7 Prozent der Stimmen und 54 Sitze im Bundestag gewonnen hat. Sie repräsentiert über das PDS-Milieu im Osten Deutschlands hinaus jene Teile der Bevölkerung, die sich bislang – wenn überhaupt – nur ausserparlamentarisch artikulieren konnten: über Attac, regionale Gewerkschaftsaktivitäten und Montagsdemonstrationen. Zwar mokiert sich ein TA-Kommentar über die «bildungsferne Unterschicht» der Globalisierungsverlierer, die Linkspartei.-PDS gewählt hätten (1.10.05). Aber erstens ist es die vornehmste Aufgabe einer linken Partei, den Stimmlosen oder Verstummtten eine Stimme zu geben, zweitens sind die Wähler/innen der Linkspartei auch im Bevölkerungssegment mit hoher Bildung überproportional vertreten. Und drittens dürften selbst neoliberal gewendete Journalistinnen und Journalisten anerkennen, dass nur dank der Linkspartei das erhebliche Protestpotential in Deutschland nicht einer rechtsextremen Partei zugute kam, sondern in demokratische Bahnen gelenkt wurde.

Die Linkspartei hat durch ihre Beteiligung an den Wahlen aber auch die *politische Grosswetterlage* beeinflusst. Der Linkspartei ist es zu verdanken, dass sich in SPD und CDU die sozialen Stimmen wieder vermehrt zu Wort melden. Die SPD musste schon in ihrem Wahlprogramm erste soziale Korrekturen vornehmen. Auch Schröders Aufholjagd konnte nur gelingen, weil wenigstens die Wahlkampfretorik stimmte. Seine Denunzierung der «sozialen Kälte» im Unions-Programm richtete sich im Grunde gegen ihn selbst, gegen die soziale Schieflage in Deutschland nach sieben Jahren sozialdemokratischer Regierungspolitik.

Die Zäsur hat auch eine *europäische Tragweite*. Die deutsche Wahl bestätigt eine tiefsitzende Ablehnung des Neoliberalismus, wie sie in den Referenden gegen die EU-Verfassung in Frankreich

und Holland, aber auch in Abstimmungen über Sozialabbauvorlagen oder Privatisierungen in der Schweiz zum Ausdruck kam. Natürlich genügt es nicht, dass der Neoliberalismus keine Hegemonie etablieren konnte und kann. Notwendig ist nun die Bündelung sozialer, ökologischer, ökonomischer und friedenspolitischer Programmpunkte zu überzeugenden Alternativen (in der Mehrzahl!). Das wird eine gemeinsame Aufgabe der Eurolinken sein.

Rot-Rot-Grün?

Der *Wählerwille* ist klar: Mehr als 50 Prozent wollen einen sozial wie wirtschaftlich und ökologisch leistungsfähigen Staat, der zudem eine eigenständige Aussenpolitik betreibt und auf Friedenssicherung durch zivile statt durch militärische Mittel setzt. Das ist mit einer Grossen Koalition nicht oder nur sehr beschränkt zu haben, obschon sie in Meinungsumfragen heute noch favorisiert wird.

Auf der andern Seite ist die Zeit für Rot-Rot-Grün nicht reif. Noch muss die Linkspartei erst einmal eine werden, indem sie ihre beiden Formationen PDS und Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) integriert. Dazu braucht es nicht nur Phantasie und Sachkompetenz, sondern auch eine gehörige Dosis *Solidarität*. Die bürgerlichen Parteien sind «Selbstläufer», indem sie durch Steuervergünstigungen und Sozialabbau die von Markt und Kapital verlangten «Standortvorteile» willig vollstrecken. Dazu ist Solidarität nicht gefragt, sondern Habgier gut und Teilen schädlich. Linke Parteien können dagegen stark nur durch glaubwürdige Persönlichkeiten und attraktive Entwürfe für eine soziale und ökonomische Demokratie sowie den ökologischen Umbau der Gesellschaft werden. Dazu braucht es Überzeugungskraft für eine neue Hegemonie in der Zivilgesellschaft.

Am weitesten fortgeschritten ist die Linkspartei in ihren programmatischen

Aussagen zur Demokratisierung von internationalen Organisationen wie IWF und Weltbank und zu einer konsequenten Friedenspolitik (obschon die generelle Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr, selbst wenn sie einem UNO-Mandat entsprechen, m.E. zu dogmatisch ist). Die kurzfristig wichtigste Aufgabe wird die Erhaltung und der Ausbau der *sozialen Sicherungssysteme* sein. Diese sind solange brüchig, als sie an die Erwerbsarbeit gekoppelt bleiben. Würden alle Einkommen, würde also die ganze Wertschöpfung zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme herangezogen, wäre das nicht nur ein selbstverständlicher Ausdruck der Solidarität, sondern auch ein entscheidender Beitrag zur Erhaltung des Sozialstaates. Und nicht zuletzt gehört zur Programmarbeit die längerfristige wirtschaftsdemokratische Perspektive, die land- oder linksläufig *Überwindung des Kapitalismus* heisst.

Eine *rot-rot-grüne Zusammenarbeit* – in welcher Form auch immer – würde im Moment auch am führenden Personal dieser Parteien scheitern. Schon in früheren Wahlen hat Schröder der PDS den demokratischen Charakter pauschal abgesprochen. In seinem Verdrängungskampf hat er verdrängt, was einst im *Dialogpapier* der SPD mit der alten SED (27. August 1987) zu lesen stand: «Keine Seite darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen. Unsere Hoffnung ... richtet sich darauf, dass beide Systeme reformfähig sind...» Von dieser «Hoffnung» wollen Schröder und leider auch die Mehrheit seiner Partei nichts wissen. Als habe die SPD mit ihrem Dialogpapier Lenins Rat befolgt, den Gegner zu umarmen, um ihn zu erdrotseln.

Trotzdem: Vielleicht wächst da noch zusammen, was zusammen gehört. Die mittelfristigen Voraussetzungen sind nicht schlecht. Es wäre Deutschlands *beste Wahl*. ●